

„Sie sind unser Schicksal“

Wirtschaftswunder und Krisen bei Carl Zeiss und in Oberkochen 1946-1996

Der schwere Beginn

Die Geschichte von Carl Zeiss in Westdeutschland beginnt nicht in Oberkochen, sondern in Heidenheim. Hierher hatte es die von den Amerikanern aus dem Stammwerk deportierten 84 Wissenschaftler, Konstrukteure, Techniker und kaufmännische Führungskräfte, darunter die bisherige Geschäftsleitung, verschlagen. Zunächst zur Beschäftigungslosigkeit verdammt, drohte durch Abwerbung von anderen Firmen und die Rückkehr nach Jena ein Auseinanderbrechen der Gruppe. So erachtete man es für notwendig, beschleunigt „eine gewisse Parallelproduktion zu Jena aufzuziehen“.¹ Entsprechende Verhandlungen mit den Amerikanern gestalteten sich schwierig. Erst am 25. Februar 1946 erteilte die Militärregierung die Genehmigung für einen „Optical Repair Shop“. Über dieses Provisorium hinaus signalisierten die Amerikaner ab April 1946 eine Fertigungsgenehmigung für ihre Besatzungszone. Als Fertigungsgelände wurde das leerstehende Fabrikareal der Fritz Leitz GmbH in Oberkochen gemietet. Am 14. Juni 1946 erteilte auf Anweisung der Militärregierung das Wirtschaftsministerium für Württemberg-Baden die Herstellungsgenehmigung an die Firma Carl Zeiss, Werk Oberkochen. Der überwiegende Teil der anfänglichen maschinellen Ausstattung stammte aus Außenwerkstätten, die das Jenaer Werk während des Krieges für die Fertigung in den Strafanstalten Amberg und Ebrach eingerichtet hatte und deren Ausrüstung nach Oberkochen verbracht wurde.² Offiziell gegründet wurde die neue Fabrik am 4. Oktober 1946 als „Opton Optische Werke Oberkochen GmbH“. Ohne Zustimmung von Jena wäre die Gründung allerdings nicht möglich gewesen. Weiterhin stellte die Carl-Zeiss-Stiftung mit einer Sacheinlage von 500 000

¹ Brief von Dr. Hemscheidt vom 23. August 1945 nach Jena, in: Carl Zeiss Archiv Oberkochen (im weiteren: CZAO), Ordner: Carl Zeiss Oberkochen - Geschichte 1945-1959

² Vgl. O. Nordt, Der schwere Anfang. Unveröffentlichtes Manuskript, Oberkochen 1985, in: CZAO, Ordner: Nachkriegsgeschichte Carl Zeiss Oberkochen - Zusammenfassungen

RM - die Maschinen aus Amberg und Ebrach - und einer Barleistung von 450 000 RM wesentlich das Stammkapital von 1 000 000 Reichsmark.³

Entsprechend tief saß der Schock in Oberkochen über die Demontage des Jenaer Stammwerkes. Auf der Feier des 100jährigen Betriebsjubiläum in Oberkochen erklärte als Festredner Norbert Günther am 14. November 1946 in Hinblick auf das Werk Ernst Abbes: „Wenn man ihn seiner Jenaischen Heimstätte raubt, werden wir ihm hier eine neue Heimstätte geben“.⁴ Trotzdem erfolgte die Namensänderung in „Zeiss-Opton Optische Werke Oberkochen GmbH“ am 31. Januar 1947 noch mit Zustimmung der Jenaer Geschäftsleitung. Weiterhin wurden ihre 1945 deportierten Vorgänger - Bauersfeld, Henrichs und Küppenbender - am 18. August 1947 auf der ersten außerordentlichen Gesellschafterversammlung zur Geschäftsleitung von Zeiss-Opton bestellt.⁵ Hatten sich diese bis zu Währungsreform mit dem Problem des Materialmangels in Folge der Zwangsbewirtschaftung zu befassen, galt es nun die Liquidität des Unternehmens zu sichern. Hierzu mußte sowohl die Firmenneugründung in Oberkochen als auch ihre Abgrenzung zum in einen Volkseigenen Betrieb umgewandelten Stammwerk dem bisherigen Kundenstamm vermittelt werden. Entsprechend wurde auf Antrag der Geschäftsleitung von der Landesregierung Württemberg-Baden am 23. Februar 1949 Heidenheim zum Rechtssitz der Carl-Zeiss-Stiftung erhoben. Allerdings wurden Jena Verhandlungen angeboten, die eine Mitbenutzung von Rechten gestatten sollten, welche der Carl-Zeiss-Stiftung verblieben waren.⁶ Am 15. Januar 1951 wurde die Firma Carl Zeiss in das Handelsregister des Amtsgerichts Heidenheim eingetragen. 1952 erfolgte eine stillschweigende Einigung mit dem VEB über die gemeinsame Benutzung der Vertriebsorganisation West und die wechselseitige Ergänzung der Fertigungsprogramme. Allerdings erzwang die Übernahme des Verkaufs von Produkten aus Volkseigenen Betrieben durch den „Deutschen Innen- und Außenhandel“ (DIA) neue Verhandlungen, die ergebnislos blieben. Daher untersagte Carl Zeiss am 12. Februar 1954 dem DIA jede rechtswidrige Fremdbenutzung des Namens.⁷

³ Vgl. A. Hermann, Nur der Name war geblieben. Die abenteuerliche Geschichte der Firma Carl Zeiss, Stuttgart 3. Aufl. 1991, S. 30

⁴ Ansprache Günther, in: CZAÖ, Ordner: Carl Zeiss Oberkochen - Geschichte 1945-1959

⁵ Hermann, S. 30 f.

⁶ Vgl. Korrespondenz der Geschäftsleitung, in: CZAÖ, Ordner: Carl Zeiss Oberkochen - Geschichte 1945-1959

⁷ Vgl. W. David, Die Carl-Zeiss-Stiftung, ihre Vergangenheit und ihre gegenwärtige rechtliche Lage, Heidenheim 1954, S. 20

Vom Wirtschaftswunder zur Deutschen Einheit

Symbolischer Abschluß des Wiederaufbaus in Westdeutschland war der Werksbesuch von Bundespräsident Heuss am 1. Mai 1954. Heuss fasste ihn in seiner Rede bildlich zusammen: „Ihr habt wieder Wurzeln gefasst“.⁸ Daß das Werk wirklich Wurzeln geschlagen hatte, wurde auf der Betriebsversammlung am 14. Dezember 1954 deutlich. Laut Bericht von Geschäftsleiter Küppenbender hatte man innerhalb eines Jahres eine weltweite Absatzkrise für Objektive und Brillengläser gemeistert, so daß krisenbedingte Kündigungen aus dem Jahr 1953 im Jahr 1954 voll durch Wieder- und Neueinstellungen ausgeglichen werden konnten. 1955 ergab sich die neue Situation, daß Carl Zeiss nicht mehr die volle Nachfrage nach Objektiven und Brillengläsern befriedigen konnte. Ende 1957 erfolgte ein Einbruch im Kamerageschäft, der erneut eine Reduzierung der Mitarbeiterzahl erforderlich machte. 1959 wurde auch diese Krise als überwunden bezeichnet.⁹ Entsprechend konnte etappenweise die Fritz Leitz GmbH übernommen werden, so daß im Januar 1962 das Stammwerk sich vollständig auf eigenem Grund und Boden befand.¹⁰

Auch die Jahre 1963 und 1964 waren von wirtschaftlichem Aufschwung gekennzeichnet, wobei der Inlandsabsatz noch immer den Auslandsumsatz übertraf. Ab 1965 verzeichnete der Export die höheren Zuwachsraten. Allerdings wurde von der Geschäftsleitung auf den immer schärferen Konkurrenzdruck auf dem Weltmarkt zu verweisen.¹¹ Hiervon war insbesondere das Kamerageschäft der Konzernbetriebe Zeiss Ikon und Voigtländer betroffen. Daran änderte auch eine Fusion beider Unternehmen nichts, so daß am 28. Oktober 1970 die Kameraentwicklung und -produktion eingestellt wurde. Dies mußte bei der Oberkochener Belegschaft zu Irritationen führen. Schließlich waren viele Werksangehörige in der Produktion, in der Entwicklung, in der Konstruktion und im Vertrieb photographischer Erzeugnisse beschäftigt. Zudem wurde die „Kamerakrise“ auf Managementfehler durch die „überalterte“ Geschäftsleitung zurückgeführt und damit als hausgemacht angesehen, was nun die „Belegschaft auszubaden“ hatte.¹² Als erste Maßnahme wurde eine Neuorganisation des

⁸ Rede von Heuss in Oberkochen, in: Werkzeugzeitung (im weiteren: WZ), Sonderheft zum 1. Mai 1954

⁹ Vgl. WZ 15 ff.

¹⁰ Nordt

¹¹ Vgl. aktueller dienst - Werkszeitschrift für die Geschäftsangehörigen der Firma Carl Zeiss (im weiteren: ad), 5/1964 ff.

¹² Vgl. Erinnerungen an die Betriebsratsarbeit von O. Griebisch, in: Archiv des Betriebsrats Carl Zeiss Oberkochen (im weiteren: ABCZO)

Unternehmens im Hinblick auf Entwicklung und Vertrieb angekündigt. Ein weiterer Rückschlag erfolgte durch die Ölkrise 1973, worauf sowohl Personaleinsparungen als auch weitere Bereinigungen im weit gefächerten Produktionsprogramm vorgenommen wurden.¹³ 1978 konnte die Geschäftsleitung feststellen, daß der Umsatz von Carl Zeiss bei einem Vergleich der Branche Feinmechanik & Optik wieder über dem Durchschnitt liege. Trotz einer weltweit schwierigen Marktlage konnte die Geschäftsleitung auch von 1981 bis 1984 eine positive Gesamtbilanz ziehen. Danach profitierte Carl Zeiss bis 1986 von der weltwirtschaftlichen Erholung. Anschließend wurde das Unternehmen durch einen Rückgang des Auslandsgeschäfts zur Einführung von Kurzarbeit gezwungen. Zusätzlich mußten 1988 noch Arbeitsplätze abgebaut werden. Rechtzeitig zum 100jährigen Stiftungsjubiläum konnte Vorstandssprecher Skoludek 1989 aber feststellen: „Wir haben im Grunde keine drängenden Probleme“.¹⁴

Die Betriebsgemeinschaft oder der Wandel des Alltags

Die Inbetriebnahme des Oberkochener Werkes im Juni 1946 wurde durch eine Belegschaft von rund 200 Mitarbeitern geleistet: Zu den Wissenschaftlern und Ingenieuren aus Jena waren neu eingestellte Optiker und Feinmechaniker - Einheimische und Flüchtlinge sowie aus der Kriegsgefangenschaft entlassene „Zeissianer“ - hinzugetreten. Im Januar 1947 meldeten sich die ersten aus Jena geflüchteten Mitarbeiter in Oberkochen. Für sie mußten auf dem Werksgelände Notunterkünfte eingerichtet werden. Im März 1948 wurde ein Werkswohnungsausschuß gebildet und paritätisch von der Geschäftsleitung und vom Betriebsrat besetzt. Bis November 1949 waren 258 Werkswohnungen - 123 davon werkseigen und 135 werksgefördert - errichtet. Gleichzeitig war die Mitarbeiterzahl von 750 im Juni 1948 auf 1 400 angestiegen. Hiervon waren rund ein Drittel Einheimische, ein weiteres Drittel stammte aus Jena, den Rest stellten aus der Tschechoslowakei vertriebene Deutsche. Planmäßig wurde die Mitarbeiterzahl weiter ausgebaut: Im März 1951 betrug sie bereits 2 300. Dabei war der Anteil der Jenaer auf relativ 25% zurückgegangen, während die Einheimischen konstant 33% der Mitarbeiter stellten. Angestiegen durch gezieltes Anwerben von Fachkräften war die Anzahl der Heimatvertriebenen auf 42%. Das rasche Anwachsen der Mitarbeiter verstärkte den Bedarf an weiterem Wohnraum, den die 1951 vorhandenen 400

¹³ Vgl. ad 3/1971 ff.

¹⁴ Vgl. Zeiss im Bild (im weiteren: ZiB) 3/1978 ff. sowie Aalener Volkszeitung vom 25. November 1989

werkseigenen bzw. werksgeförderten Wohnungen noch immer nicht befriedigen konnten. Ende 1954 waren mit staatlicher Hilfe 1 175 Wohnungen errichtet. Trotzdem wurden zum gleichen Zeitpunkt bei der Wohnungsabteilung noch immer 200 Wohnungssuchende - insbesondere Flüchtlinge aus der DDR - geführt. Auch 1962 war das Wohnungsproblem keineswegs gelöst. Allerdings vollzog sich hier ein Wandel, in dem nach dem Bau der Mauer in Berlin weniger das Problem der Unterbringung von Flüchtlingen vorherrschend war, sondern nun vielmehr Wohnraum für „Gastarbeiter“ aus Südeuropa geschaffen werden mußte.¹⁵

Frühzeitig wurde auch auf die Ausbildung von Mitarbeitern gesetzt: Zunächst Feinmechaniker, ab 1948 auch Feinoptiker. 1951 waren es bereits 60 Lehrlinge in beiden Berufszweigen. 1955 wies die Betriebsstatistik aus, daß unter den 50 neueingestellten Lehrlingen 17 Einheimische (35%), 25 Flüchtlinge (52%) und 6 Jenenser (13%) waren! Weiterhin war ersichtlich, daß inzwischen in acht Berufssparten ausgebildet wurde. Und 1987 konnte Carl Zeiss 40 Jahre Berufsausbildung in Oberkochen feiern: 3 440 junge Menschen waren hier seit 1946 ausgebildet worden. Getrübt wurden die Feierlichkeiten durch Kurzarbeit, die eine Übernahme der Auszubildenden in den erlernten Beruf behinderte.¹⁶

Die Belegschaft entschied sich im Jahre 1952 für die Schaffung einer eigenen Betriebskrankenkasse, „um das Gefüge der Werksgemeinschaft wesentlich zu verstärken“. Auf eine Probe gestellt wurde die Werksgemeinschaft zu Beginn des Jahres 1953, als die Geschäftsleitung rationalisierungsbedingte Kündigungen aussprach, und die Belegschaft bis zum 28. Februar 1954 von 3 094 auf 2 590 Beschäftigte reduzierte.¹⁷ Trotzdem erklärten Mitte 1953 bei einer Befragung in Oberkochen 65,2% der Mitarbeiter, daß sie erneut ein Beschäftigungsverhältnis mit Carl Zeiss eingehen würden. So war zentraler Kritikpunkt nicht das Betriebsklima, sondern 53,2% hielten ihre Lohn- bzw. Gehaltseinstufung für nicht gerechtfertigt. Ein Ausgleich leistete die Wiedereinführung der Sozialrechte des Stiftungsstatuts am 1. Mai 1954. Allerdings machte die Ansprache des

¹⁵ F. Gössler, Der Aufbau des Werkes Oberkochen, in: WZ 1, März 1951 sowie CZAO, Ordner: Carl Zeiss Oberkochen - Wohnungsbau 1946-1956 und ad 3/1962

¹⁶ K. Sporkert, Unsere Lehrlingsausbildung, in: WZ 2, Juni 1951 und „Rund um die Lehrlingsausbildung“, in WZ 17, Juli 1955 sowie ZiB 4/1987

¹⁷ Chr. Tramsen, Unsere neue Betriebskrankenkasse, in: WZ 4, Dezember 1951 sowie CZAO, Ordner: Carl Zeiss Oberkochen - Betriebsrat 1946-1957

Betriebsratsvorsitzenden Günther zum Tag der Arbeit deutlich, daß die Arbeitnehmervertreter bereits als nächsten Schritt eine Arbeitszeitverkürzung auf die Einführung der 5-Tage-Woche anstrebten. Die Geschäftsleitung folgte diesem Anliegen: Auf der Betriebsversammlung am 14. Dezember 1954 verkündete sie die Einführung der 5-Tage-Woche im Rahmen einer 45-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zum 1. Januar 1955. Ab 1. Januar 1959 übernahm Carl Zeiss das Bad Sodener Abkommen, das eine stufenweise Reduzierung der Arbeitszeit bis zu einer Einführung der 40-Stunden-Woche ab 1. Januar 1967 festlegte. 1985 sank die Wochenarbeitszeit mit 38,5 Stunden erstmals unter die magische Grenze von 40 Stunden, und seit Oktober 1995 wird in 35 Stunden bei Carl Zeiss Oberkochen gearbeitet.¹⁸

Im August 1960 wurde die „Carl-Zeiss-Kindertagesstätte, Oberkochen“ eröffnet, die für Werksangehörige das bisherige Betreuungsangebot für Vorschulkinder im neuen Kindergarten und für Schulkinder im neuen Kinderhort erheblich vergrößerte. Ein Wandel vollzog sich auch im Rahmen der Betriebsveranstaltungen. Waren zunächst die traditionellen Betriebsfeste von Abteilungsveranstaltungen abgelöst worden, so wurden diese 1963 durch ein gemeinsames Kulturprogramm für alle Abteilungen ersetzt. Dieses Kulturangebot - ab 1967 vom firmeninternen Kulturring organisiert und für die Oberkochener Bevölkerung offen - war nur ein kleiner Bereich an Sozialleistungen den Carl Zeiss seinen Mitarbeitern gesetzlich, tariflich und freiwillig zur Verfügung stellte. So z.B. auch Erholungsangebote in werkseigenen Ferienunterkünften. Zur Festigung der Zeiss-Gemeinschaft in Oberkochen und in Westdeutschland gehörte auch, daß die Stiftung an Pensionäre, die aus der DDR in die Bundesrepublik übersiedelt waren, jedoch niemals hier gearbeitet hatten, die ihnen nach dem Statut der Carl-Zeiss-Stiftung zustehende Pension zahlte.¹⁹

Seit 1967 rückte die Frage der tariflichen Entgelte in den Mittelpunkt der innerbetrieblichen Diskussionen, wobei der Beitritt zum Metall-Industriellen-Verband sich förderlich auf Lohnerhöhungen bis zu 12,2% auswirkte. Der Arbeitgeberverband schloß Zeiss jedoch nach kurzer Zeit wieder aus, da sich die Geschäftsleitung geweigert hatte, eine Aussperrungsaktion durchzuführen. Entsprechend wurden ab 1972 die Übernahme der Tarifverträge der Metallindustrie durch den Abschluß von Anschlußtarifverträgen mit der IG Metall

¹⁸ Vgl. WZ 11 ff. sowie ZiB 4/1987 ff.

¹⁹ Vgl. ad 3/1962 ff.

gewährleistet.²⁰ Wirtschaftliche Krisen, von denen auch Zeiss in Oberkochen nicht verschont blieb, führten allerdings immer wieder zu Belastungen der Betriebsgemeinschaft. Die negative Entwicklung der Weltwirtschaft brachte 1975 einen Abbau der im Stiftungsstatut vorgesehenen Lohn- und Gehaltsnachzahlungen. Darüber hinaus sorgte die Einführung von Kurzarbeit in der Montageabteilung von Dezember 1976 bis April 1977 für Unruhe unter der Belegschaft. Im gleichen Zeitraum mußte sie durch den Verkauf der Carl-Zeiss-Wohnungsbaugesellschaft den Rückzug des Unternehmens aus der Verantwortung für die Unterbringung der Mitarbeiter zur Kenntnis nehmen. 1982 stellte die Geschäftsleitung fest, daß „die Fehlzeiten während der letzten 10 Jahre höher und höher geworden sind“. Seit 1977 waren sie um 13% gestiegen - sicherlich keine guten Voraussetzungen für die 1981 zielstrebig verfolgte Einsetzung der elektronischen Datenverarbeitung. Und als 1988 Entlassungen vorgenommen wurden, konstatierte Betriebsratsvorsitzender Liersch wieder ein „nicht optimales Betriebsklima“. Ein Jahr später brachte Liersch anläßlich der Einweihung des Carl-Zeiss-Stadions in Oberkochen seine Hoffnung zum Ausdruck, daß angesichts der nunmehr entspannten Wirtschaftslage durch ein „Miteinander“ das Vertrauen der Belegschaft in die Firma und Leitung wächst.²¹ Doch genau diese Hoffnung sollte sich nicht erfüllen.

Folgen der Einheit oder hausgemachte Krise?

Mehr als 44 Jahre nach der Deportation reagierten Geschäftsleitung und Betriebsrat auf den revolutionären Umbruch in der DDR betont vorsichtig. Bezogen auf das Verhältnis zum VEB in Jena erklärte der Betriebsratsvorsitzende Holzwarth: „Ob es in einem freien und einigen Europa um Konkurrenz oder Kooperation mit dem VEB geht, das wird die Zukunft sicher zeigen.“ Und Geschäftsführer Skoludek betonte: „Einseitige Hilfeleistungen zu Gunsten des VEB können nicht in Betracht kommen. Der VEB ist schließlich ein Konkurrent von uns.“²² Im Februar 1990 kam es zu einem Gespräch mit dem Generaldirektor des VEB über Kooperationsmöglichkeiten und die Lösung der Probleme, die „sich aus der Benutzung des Namens und der Warenzeichen mit dem Bestandteil Zeiss durch beide Firmen ergeben“.²³ Das Ergebnis war die am 29. Mai 1990 unterzeichnete Biebelrieder Absichtserklärung, in der

²⁰ ad 1/1973 sowie schriftliche Mitteilung von H. Martin an den Autor vom 18. Februar 1997

²¹ Vgl. ZiB 13/1976 ff.

²² ZiB 7/1989

²³ ZiB 1/1990 sowie Schwäbische Post vom 14. Februar 1990

die Unternehmen VEB Carl Zeiss Jena, VEB Jenaer Glaswerk, Carl Zeiss Oberkochen und die Schott Glaswerke ihre Absicht bekundeten, sich zu einer Carl-Zeiss-Stiftung zusammenzuschließen. Erster Erfolg der Absichtserklärung war am 10. September 1990 eine neue Vereinbarung über die Nutzung von Namen und Zeichen mit dem Bestandteil „Zeiss“. So konnte Carl Zeiss im künftig geeinten Deutschland unter seinen bisherigen Namen auftreten, während der Betrieb in Jena den Namen „Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH“ benutzen sollte. Am 22. November 1990 unterzeichnete Carl Zeiss gemeinsam mit der Jenaer Glaswerk GmbH, der Jenoptik und der Schott Glaswerke eine Rahmenvereinbarung über Zusammenarbeit und Sanierung. Darin erklärte man, in Zusammenarbeit mit der Treuhandanstalt gemeinsame Sanierungskonzepte für die Jenaer Unternehmen zu erarbeiten. Darüber hinaus wurde beschlossen, die Unternehmen in einer Stiftung mit Sitz in Heidenheim und Jena zusammenzuschließen.²⁴

Die angekündigte Erarbeitung des Sanierungskonzeptes für Jena machte deutlich, daß Carl Zeiss nicht in der Lage war, den ehemaligen VEB auf Grund seines hohen Altschuldenbestandes komplett zu übernehmen. Entsprechend wurde am 25. Juni 1991 eine Grundsatzvereinbarung über die Zukunft der Unternehmen und der Carl-Zeiss-Stiftung unterzeichnet. Sie legte fest, daß Carl Zeiss aus der „Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH“ nur das Traditionsprogramm unter dem Namen „Carl Zeiss Jena GmbH“ mit rund 2 800 Mitarbeitern übernehmen würde. Da diese Größenordnung nach Ansicht des Betriebsratsvorsitzenden Michler keine Gefahr für Oberkochen darstellte, stellte sich der Betriebsrat im Juni 1991 ausdrücklich hinter diese Vereinbarung. Am 7. November 1991 wurde das Jenaer Kerngeschäft offiziell auf die Carl Zeiss Jena GmbH übertragen. Wenige Tage später gab der Vorstand bekannt, daß für 1991 eine Lohn- und Gehaltsnachzahlung gemäß dem Stiftungsstatut nicht möglich sei. Entsprechend mußte er Vermutungen entgegen treten, daß die Ursache hierfür in der Übernahme zu suchen sei.²⁵

Auch im Geschäftsjahr 1991/92 erreichte Carl Zeiss sein Umsatzziel nicht, so daß ein Personalabbau in Oberkochen vorgenommen wurde. Zusätzlich herrschte seit September 1992 in den wehrtechnischen Abteilungen Kurzarbeit. Entsprechend hielt Michler den Zeitpunkt für gekommen, „wo von seiten des Vorstandes die Gesamtkonzeption des

²⁴ Vgl. Extrablätter von ZiB vom 6. Juni 1990, September 1990 und vom 22. November 1990

²⁵ Vgl. ZiB, Nr. 1-7/1991

Stiftungsunternehmens Carl Zeiss unter Einbindung von Carl Zeiss Jena überprüft und umfassend dargelegt werden sollte“.²⁶

Der Umfang der Kurzarbeit nahm zum 1. April 1993 noch zu. Die gleichzeitig eingeführte 36-Stunden-Woche und eine Tariferhöhung um 3% sollten durch Rationalisierungen aufgefangen werden. Carl Zeiss war von der schlimmsten Rezession seit 1945 betroffen. Ursache hierfür waren höhere Kosten zur Erstellung der Produkte und Dienstleistungen, als durch den Verkauf erzielt wurden. Nach Personalchef Ramming war daher ein weiterer Personalabbau unvermeidbar. Michler kündigte Widerstand gegen diese Maßnahme an und sprach sich als Alternative für eine Ausweitung der Kurzarbeit aus. Auch die außerordentliche Versammlung am 8. September 1993 brachte der Belegschaft nichts erfreuliches. Herrmann gab die Verlagerung der Mikroskopie nach Jena bekannt. Ramming teilte die Ausweitung der Kurzarbeit auf 1 700 Mitarbeiter mit. Der Betriebsrat sprach sich sowohl gegen die Verlegung der Mikroskopie als auch gegen Kündigungen aus. 3 000 Mitarbeiter folgten nach Abschluß einem Aufruf des Betriebsrates und des Vertrauenskörpers der IG Metall zu einem Schweigemarsch.²⁷

Bereist im Januar 1994 hatte der Vorstand mehrere externe Beratungsunternehmen mit der Untersuchung der gesamten Zeiss-Gruppe beauftragt. Am 3. Mai 1994 verkündete der Betriebsrat Ergebnisse von Verhandlungen mit der Geschäftsleitung, die vorab ab 1. April 1994 eine 35-Stunden-Woche für die Angestellten und eine 30-Stunden-Woche für den Bereich Industrielle Meßtechnik gebracht hatten. Michler bewertete den damit verbundenen Teillohnverzicht als Beitrag zur Beschäftigungssicherung.²⁸ Doch zwei Wochen später am 17. Mai 1994 legte die Geschäftsleitung dem Betriebsrat einen neuen Katalog zur Effizienzsteigerung bzw. zur Kosteneinsparung vor, dessen Kernpunkt nach einen bereits erfolgten Abbau von über 1 200 Stellen seit 1990 ein weiterer Abbau von 600 Mitarbeitern bis zum 1. Oktober 1995 war. Der Betriebsrat reagierte mit der Forderung nach einem „gesamtheitlichen Konzept für den Wandel“ bei Carl Zeiss gegenüber. Zusätzlich lud er zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung für den 5. Oktober 1994 ein. Zur Vorbereitung wurde ein gemeinsam mit der IG Metall erarbeitetes „Betriebsratsinfo“ vor den Werkstoren verteilt, in dem die Forderung nach einen „Wandel jetzt und nur mit uns“ erhoben wurde.²⁹

²⁶ Vgl. ZiB 1-6/1992

²⁷ Vgl. ZiB 1-7/1993

²⁸ Vgl. ZiB 1-3/1994

²⁹ Vgl. Rundschreiben Betriebsrat 9/94, 10/94 und 12/94, in: CZA0, Ordner: Rundschreiben Betriebsrat 1971-1995 sowie Betriebsratsinfo Nr. 1 vom September 1994

Der Vorstand teilte mit, daß auf der außerordentlichen Betriebsversammlung „nicht konkret über die anstehenden Maßnahmen berichtet werden kann und lediglich eine unnötige Verunsicherung in die Belegschaft getragen wird“.³⁰ So blieb es beim Abtausch bekannter Argumente: Michler verwies darauf, daß weder Kurzarbeit noch Personalabbau bisher einen nennenswerten Erfolg gebracht hätten und forderte ein Gesamtkonzept für den Konzern, das Geschäftsleitung, Betriebsrat und IG Metall gemeinsam erarbeiten sollten. Herrmann lehnte jede Äußerung darüber ab, wie die schwierige Situation des Unternehmens konkret gemeistert werden sollte. Er verwies auf die Sitzung des Unternehmensrates und kündigte einen ausführlichen Bericht für den 24. Oktober 1994 an. Presseberichte über einen bevorstehenden Rücktritt von Herrmann und einen Stellenabbau wurden dementiert.³¹

Am 20. Oktober 1994 legte der Vorstand schließlich ein „Neustrukturierungs-Konzept“ für die Zeiss-Gruppe vor, das auf Grundlage der Resultate der Beratungsunternehmen erstellt worden war. Gleichzeitig erklärte Herrmann seinen Rücktritt. Der Unternehmensrat beschloß, das Konzept unverzüglich umzusetzen. Kernstück war ein umfangreicher Personalabbau mit Schwerpunkt in Oberkochen.³² Auf der Betriebsversammlung wenige Tage später forderte Michler den Gesamtvorstand auf, die Verantwortung für die wirtschaftliche Schieflage des Unternehmens zu nehmen sowie alle Daten des Neustrukturierungs-Konzepts dem Betriebsrat zur Verfügung zu stellen, damit es von ihm durch einen eigenen Sachverständigen geprüft werden könne.³³ Am 26. Oktober 1994 demonstrierten 4 500 Zeiss-Mitarbeiter für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze; am 10. November 1994 erneut 3 500 vor dem Vorstandshaus in Oberkochen. Vorläufig gelöst wurde der Konflikt am 5. Dezember 1994 mit einer Konsensvereinbarung, worin der Vorstand der Einschaltung eines externen Sachverständigen zur Beratung der Betriebsräte zustimmte. Der Betriebsrat erklärte sich einverstanden, daß das Unternehmen an alle Mitarbeiter ein Abfindungs- bzw. Vorruhestandsangebot richtete.³⁴

Im Februar 1995 stellte Vorstandssprecher Grassmann die geplante neue Organisationsstruktur der Zeiss-Gruppe vor. An die Stelle der zahlreichen Geschäfts- und Produktbereiche sollten ab 1. April 1995 fünf Unternehmensbereiche treten, wobei die Medizintechnik, Optisch-Elektronische Systeme und Industrielle Meßtechnik in Oberkochen angesiedelt waren. Der Betriebsrat sagte seine Bereitschaft zur Mitarbeit zu, betonte aber, daß

³⁰ Rundschreiben Vorstand 17/94 in: CZAÖ, Ordner: Rundschreiben Vorstand 1971-1995

³¹ ZiB 5/1994 sowie Süddeutsche Zeitung vom 17. Oktober 1994

³² Sonderausgabe von ZiB und Frankfurter Allgemeine vom 21. Oktober 1994

³³ Rede von Michler, in: ABCZO

³⁴ Betriebsratsinfo Nr. 2 vom November 1994 und Sonderausgabe von ZiB vom 8. Dezember 1994

er mit den geplanten Konsequenzen - dem vorgesehenen Personalabbau - nicht einverstanden sei.³⁵ In der Folge kam es wieder zu einem heftigen Schlagabtausch, der am 7. Mai 1995 mit einem neuen Kompromiß endete. Grundlage waren Vereinbarungen über Auffangstrukturen für Entlassene und ein Sozialplan.³⁶

Zum Ende des Geschäftsjahres 1994/95 konnte der Vorstand erste Erfolge melden: Am Standort Oberkochen stiegen Umsatz und Auftragseingang wieder, doch hätte sich ohne den Gewinn im Bereich Halbleiterobjektive ein deutlicher Verlust ergeben. Zum Abschluß des Geschäftsjahres 1995/96 konnte Grassmann feststellen, daß sich der Konzern nicht mehr in „Konkurslage“ befinde. Weiterhin verwies er darauf, daß die bisherigen Verluste in Jena fast ausschließlich durch Treuhandmittel gedeckt worden seien: „Es ist also irrig, in unserer wirtschaftlichen Schwäche primär die Zuschaltung des Jenaer Betriebes als Grund zu sehen.“³⁷

50 Jahre Arbeitnehmervertretung

Am 27. November 1946 führte der Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden eine Betriebsversammlung bei Zeiss-Opton durch, die als einziger Tagesordnungspunkt die „Wahl einer vorläufigen Betriebsvertretung“ umfasste: Norbert Günther wurde von 311 Werkangehörigen zum Vorsitzenden des ersten fünfköpfigen Betriebsrats gewählt. Der Betriebsrat war vor schwierige Aufgaben gestellt, die täglichen Ernährungsprobleme waren zu lösen und die Klüfte zwischen den ehemaligen Jenaer Mitarbeitern und den neuen Werkangehörigen zu schließen. Neid und Mißtrauen bestanden zwischen beiden Gruppen.³⁸ Die aus Jena gekommenen wurden zum Beispiel am 30. September 1946 nach einer vorausgegangenen Dorfversammlung in Oberkochen per Firmenaushang aufgefordert, alles zu vermeiden, was Anstoß erregen könnte: Ausdrücklich wurde das "Zusammenhamstern durch Jenaer" kritisiert.³⁹

1951 konnte der Betriebsratsvorsitzende ein Greifen des „Gemeinschaftsbewußtsein im Sinne der Jenaer Tradition“ innerhalb der Belegschaft - unter Einschluß der Geschäftsleitung -

³⁵ ZiB 1/1995

³⁶ Vgl. Sonderausgaben von ZiB vom 20. und 24. März 1995, ZiB 2/1995 und Betriebsratsinfo Nr. 3-5

³⁷ Vgl. ZiB 7/1995 und ZiB 7/1996

³⁸ Vgl. CZAÖ, Ordner: Carl Zeiss Oberkochen - Betriebsrat 1946-1957

³⁹ Vgl. CZAÖ, Ordner: Carl Zeiss Oberkochen - Anschläge 1946-1951

feststellen.⁴⁰ Nach Günther verlangte diese „Jenaer Tradition“ von einem Betriebsratsmitglied auch, daß „er seine Person der Sache unterzuordnen versteht“.⁴¹ Und in der "Sache" konnte der Betriebsrat einige Erfolge erzielen, so die Wiedereinführung der Sozialrechte des Stiftungsstatuts und die Einführung der 45-Stunden-Woche, auch wenn das eigentliche Gewerkschaftsziel - die 40-Stunden-Woche nicht erreicht wurde. Ebenso mußte sich der Betriebsrat in den 1950er Jahren mit dem fortdauernden Wohnungsproblemen beschäftigen. Dieses Thema trat allerdings in Folge von Entlassungen während der ersten Kamerakrise seit Ende 1957 in den Hintergrund, so daß Fragen der Arbeitsplatzsicherung stärker in den Mittelpunkt der Betriebsratstätigkeit rückten.⁴²

Bei wieder steigender Mitarbeiterzahl definierte der neue Vorsitzende Martin 1960 als entscheidende Aufgabe des Betriebsrats „auf dem Weg des Fortschritts Schritt für Schritt weiterzugehen.“⁴³ Hierbei kam es jedoch noch einmal zu einem Interessenskonflikt unter der Belegschaft zwischen „Einheimischen“ und „Flüchtlings“. Letztere rügten das Auftreten des Betriebsrats gegen ein zu hohes Aufkommen von Überstunden, in dem sie auf die Notwendigkeit von Überstunden zum Aufbau einer neuen Existenz - insbesondere zum „Häuslebau“ - aber auch „zur Stärkung des Betriebes und der Freiheit“ verwiesen.⁴⁴ 1965 wurde der Betriebsrat erstmals auf drei Jahre gewählt. Eine weitere Novität war, daß sich für die 12 Sitze der Arbeiter im Betriebsrat gleich vier konkurrierende Listen beworben hatten. Ursache hierfür waren nun Konflikte innerhalb der Belegschaft um die Höhe des anzustrebenden Lohnes vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Aufschwungs sowie über die Notwendigkeit unterschiedlicher Bezahlung für Facharbeiter und Angestellte gewesen.⁴⁵

Ein neuer tiefgreifender Konflikt begann Anfang der 1970er Jahre. Vor dem Hintergrund der Mitbestimmungsdebatte in der Bundesrepublik forderte Martin nach der krisenhaften Entwicklung bei Zeiss Ikon und Voigtländer auf der Betriebsversammlung am 15. September 1971: „Die Belegschaft - einschließlich ihrer Vertretung - hat sich dadurch, daß sie in diesen kritischen Tagen die Zähne zusammenbeißt und ein hohes Maß an Verantwortungsgefühl

⁴⁰ N. Günther, Der Betriebsrat in unserer Firma, in: WZ 1, März 1951

⁴¹ N. Günther, Das Herz des Betriebes, in: WZ 3, Oktober 1951

⁴² Vgl. WZ 15 ff.

⁴³ Vgl. den Rechenschaftsbericht des Betriebsrats, in: WZ 3/1960

⁴⁴ Vgl. ad 2/1963 f.

⁴⁵ Vgl. ad 2/1965

zeigt, den moralischen Anspruch erworben, an der Gestaltung dieses Unternehmens stärkeren Anteil zu erhalten“. Damit hatte der Betriebsrat eine Forderung und Argumentation aufgegriffen, die schon die ersten Auseinandersetzungen um die Rechte der Belegschaftsvertretung seit 1897 bestimmte. Mit Verweis auf die noch fehlende gesetzliche Grundlage wurde diese Forderung von der Geschäftsleitung ausdrücklich zurückgewiesen.⁴⁶ Allerdings konnte sie sich nach der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes am 15. Januar 1972 nicht mehr den Mitwirkungs- und Mitbestimmungsforderungen verschließen. Entsprechend konnte nun zusätzlich zu den bereits bestehenden Organen für die Arbeitnehmer, wie Betriebsrat, Gesamtbetriebsrat, Jugendvertretung und Wirtschaftsausschuß, ein Konzernbetriebsrat und eine Gesamtjugendvertretung bestellt werden.⁴⁷

Die mit großer Beteiligung der Belegschaft durchgeführte Betriebsratswahl im November 1972 machte die Enttäuschung über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens und das vorangegangene abweisende Verhalten der Geschäftsleitung gegenüber dem Betriebsrat deutlich sichtbar. Intensiv arbeitete in der Folgezeit der Betriebsrat - jetzt unter der Führung von Otto Griebisch - an der Änderung des Stiftungsstatuts in Bezug auf die Forderung nach Mitbestimmung. Mit der Geschäftsleitung wurde in einer Vorvereinbarung ein Junktim zwischen der notwendigen Änderung des Pensionsstatutes und des Stiftungsstatutes im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes festgelegt. Auch nach der Betriebsratswahl 1975 lag der Schwerpunkt auf der Fortschreibung des Stiftungsstatutes, die letztlich zu einer Vereinbarung über die Wahl eines paritätisch besetzten Unternehmensrates führte. Zuvor war die Beaufsichtigung der Geschäftsleitung beider Stiftungsbetriebe allein beim Stiftungskommissar gelegen. Der nun hinzukommende Unternehmensrat war die bedeutendste Veränderung des Stiftungsstatutes seit der Ansiedlung von Carl Zeiss in Oberkochen. Vereinbarungsgemäß konnte die Belegschaft am 14. September 1978 erstmals ihre zusätzlichen Mitbestimmungsrechte durch die Wahl von sechs Vertretern in den zwölfköpfigen Unternehmensrat wahrnehmen.⁴⁸

Der Kampf um die Mitbestimmungsrechte bedeutete aber nicht die einzige Konfrontationslinie zwischen der Belegschaft und der Geschäftsleitung. Die Geschäftsleitung verfolgte die

⁴⁶ ad 3/1971

⁴⁷ W. Boeck, Betriebsverfassungsgesetz 1972. Mehr Rechte für den Betriebsrat, in: ad 1/1972

⁴⁸ Vgl. ZiB 1 ff. und schriftliche Auskunft von O. Griebisch an den Autor vom 21. Februar 1997

Strategie, die Stammebelegschaft abzubauen, und gleichzeitig durch Leiharbeiter und Überstunden eine gewisse Flexibilität zu erhalten. Den Personalabbau 1974 konnte der Betriebsrat nur kritisch begleiten, wobei insbesondere die Konzentration der Einsparungen auf den Niedriglohnbereich abgelehnt wurden. Im Juni 1978 kritisierte der neugewählte Vorsitzende Otto Liersch wieder den Abbau der Belegschaft, was sowohl den Einsatz von Leiharbeitern nötigte machte, und bei den Zeiss-Mitarbeitern zu einem Urlaubsüberhang führte. Vier Jahre später mußte der Betriebsrat erneut einem Personalabbau entgegenreten. Besonders angeprangert wurde die Nichtübernahme von Auszubildenden. Als Abhilfe schlug Liersch das Vermeiden von Neueinstellungen, einen Überstundenabbau sowie ein Zurückholen von verlagelter Arbeit vor. Entsprechend betonte Liersch 1983, daß „es in Zukunft nicht ohne eine Verkürzung der Arbeitszeit gehen werde und daß man ebenso an die Verkürzung der Lebensarbeitszeit denken müsse“. Damit hatte der Betriebsratsvorsitzende deutliche Worte im Hinblick auf die Gewerkschaftsforderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche gefunden. Allerdings mußte sich der Betriebsrat auch nach der Einführung der 38,5-Stunden-Woche mit dem Problem von Überstunden und gleichzeitiger Nichtübernahme von Auszubildenden befassen. Hierzu kam 1987 die Wiedereinführung der Kurzarbeit. Damit waren die Problemfelder abgesteckt, mit denen sich der zuvor im Frühjahr 1987 gewählte Betriebsrat konfrontiert sah.⁴⁹

Auf der Betriebsversammlung im November 1989 brachte der neue Betriebsratsvorsitzende Erich Holzwarth seine Befürchtung zum Ausdruck, daß Carl Zeiss in Oberkochen „in eine prekäre Situation komme, wenn die Belegschaft nicht aufgestockt wird“. Dabei verwies er auf den hohen Auftragsingang und die Zunahme von Überstunden bei gleichzeitig geschrumpfter Belegschaft. Seit den 1970er hatte so der Druck auf die Arbeitssituation der Belegschaft zugenommen. Bedrohungen durch Entlassungen korrespondierten mit einer erhöhten Anspannung durch Überstunden und Urlaubsüberhang in Prosperitätsphasen. Ab Ende 1989 wurden die innerbetrieblichen Probleme bei Carl Zeiss in Oberkochen durch Befürchtungen und vermeintliche Bedrohungen der Arbeitsplätze durch den Anschluß des Jenaer Betriebes überlagert.⁵⁰

„Sie sind unser Schicksal“ - Carl Zeiss und Oberkochen

⁴⁹ Vgl. ZiB 4/1978 ff.

⁵⁰ Vgl. ZiB 4/1989 ff.

Oberkochen war vor 1946 ein relativ armes Bauerndorf, aber es besaß auch eine kleine Werkzeugindustrie; zunächst für die maschinelle Holzbearbeitung sowie später dann für die Kriegsproduktion des Dritten Reiches. Bis 1933 hatte sich das dominierende katholische Milieu in Oberkochen gegenüber dem Nationalsozialismus als resistent erwiesen: Bei der letzten demokratischen Wahl am 6. November 1932 erhielt das Zentrum noch 55,1% der Wählerstimmen; unter den Arbeitern hatte die KPD mit 13,1% die mit 2,3% nur noch marginal vorhandene SPD deutlich überflügelt. Die NSDAP stützte sich mit 23,2% insbesondere auf die protestantische Minderheit. Das katholische Milieu prägte Oberkochen zunächst auch nach 1945: Von den acht Gemeinderäten, die die Amerikaner am 6. Juni 1945 eingesetzt hatten, schlossen sich nach der Legalisierung von demokratischen Parteien sieben der CDU an; nur einer bekannte sich zur SPD. Erst mit der Integration von Carl Zeiss und dem sozialen Aufstieg der stark von Flüchtlingen und Vertriebenen dominierten Belegschaft konnte die SPD die Konkurrenz durch der Heimatvertriebenenorganisationen überwinden und zur CDU aufschließen.⁵¹

Warum zog Carl Zeiss 1946 nach Oberkochen? Entscheidend war, daß die Deportiertengruppe in Heidenheim, Aalen und den umliegenden Ortschaften Unterkunft gefunden hatte und der Umsiedlung an einen anderen Ort angesichts der Wohnungsnot unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstanden. Darüber hinaus war man in der kleinen Gemeinde im Kochertal willkommen und an einem guten Einvernehmen mit der Bevölkerung war auch die Geschäftsleitung interessiert. Sehr schnell wandelten sich aber die Abhängigkeiten: Im Oktober 1950 erklärte der seit 1948 amtierende Bürgermeister Bosch anlässlich des Richtfests der neuen Werkshalle, daß Zeiss-Opton mit diesem Bau zu Oberkochen Ja gesagt habe und daß die Gemeinde ein ebenso aufrichtiges Ja zu Zeiss-Opton zurückgebe. Wörtlich betonte Bosch: „Sie sind unser Schicksal geworden“.⁵² Aber auch der Geschäftsleitung war daran gelegen zu unterstreichen, daß „die Gemeinde Oberkochen und die Firma Carl Zeiss zusammengehören“. 1955 wurde angekündigt, über die Gewerbesteuer hinaus „die Gemeinde mit größeren Beiträgen zu unterstützen“, um den „Ausbau der wichtigsten technischen und kulturellen Gemeindeeinrichtungen“ zu gewährleisten.⁵³

⁵¹ D. Bantel, Das III. Reich in Oberkochen, in: Oberkochen. Geschichte, Landschaft, Alltag, hg. v. der Stadt Oberkochen 1986, S. 169 ff. sowie Bürger und Gemeinde vom 14. Juni 1996

⁵² „Zeiß-Opton wird sich weiter ausdehnen“, in: Heidenheimer Nachrichten, Nr. 253

⁵³ Jahresbericht der Geschäftsleitung, in: WZ 19, Januar 1956

Eine Sonderrolle im Verhältnis Carl Zeiss und Oberkochen fiel den Mitarbeitern von Carl Zeiss zu, die in den Gemeinderat gewählt wurden: Der erste „Zeissianer“ im Gemeinderat war von 1951 bis 1953 der Betriebsleiter Traut für die Wählergemeinschaft der Heimatvertriebenen; ihm folgte von 1953 bis 1956 der Leiter der optischen Fertigung Zygan für die Bürgergemeinschaft. Bei seiner Verabschiedung betonte Bürgermeister Bosch: „So wie die Verhältnisse hier geworden sind, ist das A und O unseres Auf - oder Unterganges der Gemeinde die Firma Carl Zeiss“. Und zur Rolle von Zygan: „Seine Mitgliedschaft im Gemeinderat war ein Teil der notwendigen Integration dieser Firma im Gemeindeleben“.⁵⁴ Auch der am 11. November 1956 gewählte Gemeinderat bürgte nach Bürgermeister Bosch „für einen kontinuierlichen Ausbau des gemeinsamen Weges“. Er repräsentierte 6 500 Einwohner. Mehr als 900 Wohnungen waren seit 1949 in Oberkochen für sie gebaut worden - darunter 80% für Werksangehörige von Carl Zeiss. So war Oberkochen die Gemeinde, die zwischen 1939 und 1957 in Baden-Württemberg mit 220,9% relativ am stärksten Einwohner gewonnen hatte. Entsprechend definierte Bürgermeister Bosch Oberkochen als „Zeiss-Gemeinde des Westens“.⁵⁵ Trotzdem konnte Oberkochen bei weiten nicht allen Zeiss-Mitarbeitern eine Heimstatt bieten: 1966 arbeiteten von 8 691 Einwohnern 2 029 bei Carl Zeiss. Die weiteren 2 366 (54%) Mitarbeiter waren Pendler, wobei die Pkw-Selbstfahrer mit 17% bereits die größte Gruppe stellten.⁵⁶

Am 28. Juni 1968 feierte Oberkochen seine Stadterhebung. Die enge Verbindung zu Carl Zeiss wurde durch die Ernennung der Geschäftsleiter Küppenbender und Kühn zu Ehrenbürgern unterstrichen. Bosch betonte in seiner Laudatio, daß ohne den Zuzug des Unternehmens die Stadterhebung nicht denkbar gewesen wäre.⁵⁷ Schließlich hatte Oberkochen mit 8 591 Einwohnern die 10 000er-Grenze, ansonsten Voraussetzung für die Stadterhebung in Baden-Württemberg, noch nicht überschritten. Abhilfe hierbei sollte das Neubaugebiet Heide leisten, das nach der ursprünglichen Planung für 4 000 Bewohner in 1 000 Wohnungen angelegt war. 1978 mußte Bürgermeister Gentsch anläßlich des zehnjährigen Stadtjubiläums aber feststellen, daß sich die Hoffnung auf eine Steigerung der Bevölkerung

⁵⁴ WZ 24, November 1956

⁵⁵ G. Bosch, Oberkochen - Zeiss-Gemeinde des Westens, in: WZ 31, Mai 1958

⁵⁶ ad 4/1966

⁵⁷ Schwäbische Post vom 29. Juni 1968

nicht erfüllt hatte. Vielmehr war die Einwohnerzahl Oberkochens seit 1970 rückläufig und betrug nur noch 8 250. Neben dem allgemeinen Geburtenrückgang führte Gentsch dies auch auf die Rationalisierungsmaßnahmen von Carl Zeiss zurück, die eine Besetzung von Arbeitsplätzen durch Auswärtige nicht mehr erforderlich machte.⁵⁸ 1980 stellte die Carl-Zeiss-Stiftung Oberkochen 1 000 000 DM zum Erwerb der Carl-Zeiss-Kindertagesstätte zur Verfügung. Diese war 1977 zusammen mit der Carl-Zeiss-Wohnungsbaugesellschaft verkauft worden und nun der Gemeinde zum Kauf angeboten worden. Letzter großer Beitrag zur Entwicklung Oberkochens war die Übergabe des Carl-Zeiss-Stadion am 16. Juni 1989. Zum Stadionbau hatte die Carl-Zeiss-Stiftung anlässlich ihres 100jährigen Jubiläums noch einmal 3 000 000 DM beigetragen.⁵⁹

Ein schweres Erbe trat im März 1994 Bürgermeister Traub an: So waren durch Steuerrechtsänderungen die Gewerbesteuereinnahmen der Stadt - Hauptzahler Carl Zeiss - um bis zu 90% zurückgegangen. Die ehemals reiche Stadt mußte in den Ausgleichstock des Landes. Die Folge umschrieb der Bürgermeister so: „Die Stadt Oberkochen rutscht jetzt ins Armenhaus“. Hart traf es Oberkochen auch, daß Carl Zeiss seinen jährlichen Zuschuß von 120 000 DM für die Carl-Zeiss-Kindertagesstätte kündigte und die Stadt hierfür „in die Bresche springen“ mußte.⁶⁰ Die nach wie vor bestehenden Abhängigkeiten zwischen Carl Zeiss und Oberkochen charakterisierte Traub 1996 so: „Wenn Zeiss hustet, bekommen wir eine Lungenentzündung.“ Allerdings ist die Stimmung in der „Zeiss-Gemeinde des Westens“ umgeschlagen. Früher, so berichtet Traub, nannte man sich in Oberkochen stolz „Zeissianer“, heute heißt es nur noch: „Ich schaff ´ bei Zeiss“.⁶¹

⁵⁸ Interview mit Gentsch, in: Aalener Volkszeitung vom 24. August 1978 sowie ZiB 7/1985

⁵⁹ Vgl. ZiB 5/1979 ff.

⁶⁰ Vgl. Aalener Volkszeitung vom 19. August 1994 sowie die Schwäbische Post vom 19. August 1994 ff.

⁶¹ Vgl. Dietmar H. Lamparter, Als wir noch reich waren... Im Sog von Carl Zeiss ist Oberkochen aufgestiegen - mit der Krise kam die große Ernüchterung, in: DIE ZEIT vom 4. Oktober 1996